

Proletarische Solidarität den kämpfenden Metallarbeitern

Die Pflicht der Genossenschaft

Um den Metallarbeitern in Sachen ihren schweren Kampf zu erleichtern und zu ihrem Siege beizutragen, ist nicht nur die Verbreiterung des Kampfes, sondern auch materielle Unterstützung der Kämpfenden durch eine Hilfsaktion eine wichtige Aufgabe. Gerade hierbei müssen die proletarischen Genossenschaften Sachsens und der übrigen Teile des Reiches voranzugehen. Koch lehnen aber die reformistischen Instanzen eine solche Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter ab. Es muß deshalb durch den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der kämpfenden Metallarbeiter eine Unterstützung erzwungen werden.

In allen Konjunktorgenossenschaften müssen durch die proletarischen Mitglieder Anträge für die Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter eingebracht werden. Die Form der Unterstützung soll u. a. bestehen in einer zur Verfügungstellung eines bestimmten Betrages. Diese Unterstützung kann in Form von Gutscheinen gewährt werden, für die dann in den Verteilungsjahren der Genossenschaften Waren abgeholt werden können. Gleichzeitig sollen in allen Verteilungsstellen Sammellisten bzw. Sammelbüchlein angelegt bzw. aufgestellt werden. Diese Sammelaktionen müssen sich auch auf die in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten erstrecken. Desgleichen muß von der Leitung des Verbandes sächsischer Konjunkturreine in Dresden sowie dem Zentralverband deutscher Konjunkturreine in Hamburg die Organisation einer Unterstützungsaktion gefordert werden.

Um den Druck auf die reformistischen Genossenschaftsleitungen zu verhörfen, müssen sich die kämpfenden Metallarbeiter in ihren Versammlungen mit diesen Fragen befassen. Außerdem müssen entsprechende Forderungen an die lokalen Konjunktorgenossenschaften, die Reichsverbände und Zentralverbände gestellt werden. Die Metallarbeiter müssen in ihren Versammlungen Delegierte bestimmen, die den reformistischen Verbänden ihre Forderungen überbringen. Nur durch einen energiegelassen Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der kämpfenden Metallarbeiter wird es gelingen, die reichhaltigen Möglichkeiten der Unterstützung der Metallarbeiter durch die proletarischen Genossenschaften zu erzwingen.

Die Gewerkschaftsbürokraten gegen den Kampf

Gestern fand eine Funktionärerversammlung der Metallarbeiter statt, in der Stellung zu dem bekannten Abkommen genommen wurde. Von seiten der oppositionellen Kollegen wurde folgende Entschließung eingebracht:

Entschließung.

Die am 21. Februar 1927 zwischen dem DMB und dem sächsischen Metallindustriellen-Verband getroffene Vereinbarung bedeutet ein geringfügiges Zurückweichen der Unternehmer vor dem geschlossenen Kampfwillen der Metallarbeiter. Dadurch zeigt sich, daß auch die Metallindustriellen nicht so stark und geschlossen dastehen, wie sie es der Öffentlichkeit gegenüber immer hinstellen.

Deswegen verurteilen die Funktionäre des Dresdner Metallarbeiter-Verbandes, die am 22. Februar 1927 zu der Lage Stellung genommen haben, die Zustimmung der Verhandlungskommission des DMB Leipzig zum Verhandlungsergebnis. Sie verlangen von der Verhandlungsleitung, daß sie diesem Ergebnis ihre Zustimmung nicht gibt. Die Aufgabe der Verhandlungsleitung ist es, jetzt mit aller Energie die Metallarbeiter der Dresdner Verhandlungsstelle zu mobilisieren, damit der Kampf am die 46-Stunden-Woche mit aller Macht erfolgreich geführt werden kann. Die Funktionäre fordern die jetzt noch unorganisierten Metallarbeiter auf, sofort durch ihren Beitritt zum Metallarbeiter-Verband zu beweisen, daß sie in dieser entscheidenden Stunde gemeinsam mit ihren im DMB organisierten Kollegen kämpfen wollen und die geschlossene Front stärken.

Der Bevollmächtigte Föllner verfuhr mit allen Mitteln, eine Diskussion über diese Resolution zu verhindern. Die Resolution wurde jedoch von einer großen Anzahl Kollegen unterstützt, so daß ihre Besprechung stattdessen mußte. Jetzt ersuchte Föllner die Opposition ihre Entschließung zurückzuziehen, da es nach außen doch kein gutes Bild geben würde, wenn jetzt verschiedene Meinungen austräten. Dieses Verlangen wurde selbstverständlich abgelehnt und die Entschließung von unseren Kollegen begründet. Nun nahm ein Vertreter des Hauptvorstandes, Los, das Wort und kämpfte mit aller Macht und aller Demagogie gegen die Entschließung an. Es gelang ihm, einen Teil der Funktionäre schwankend zu machen, so daß die Resolution abgelehnt wurde. Trotzdem stimmten für diese Entschließung rund 100 Funktionäre.

Besonders erwähnen muß man das Verhalten des Kollegen Teuber von S. u. R. Er erklärte, daß die jetzige Abmachung ein Erfolg sei, da man doch jetzt die 46-Stunden-Woche errungen habe. Wenn das so weitergehe, werde man in einigen Jahren den Achtstundentag haben. Diesen Witz knüpfte die ganze Versammlung mit schallendem Gelächter.

Den Verhandlungsbureaukraten ist es gelungen, die Funktionäre schwankend zu machen. Die gesamte Kollegenchaft muß jedoch jetzt ihre Kampfentschlössenheit zeigen und sich mit Entschiedenheit gegen das Abkommen wehren.

Die Arbeiter des Sächsenwertes verlangen Ablehnung des neuen Schandvertrages

In einer am 22. Februar stattgefundenen Bezirksversammlung der Arbeiter des Sächsenwertes, die außerordentlich gut besucht war, wurde folgende Entschließung angenommen:
„Die Betriebsversammlung des Sächsenwertes Niedersedlitz fordert die Verneinung des DMB auf, sich mit allen Mitteln gegen die abgeschlossene Vereinbarung am 21. Februar in Dresden betr. der 46-stündigen Arbeitswoche zu verwenden.“
Gen.: Wendi, SPD, Verb. u. SPD.

Die Arbeiter der anderen Betriebe müssen sofort dem Beispiel folgen und gleichfalls in Entschließungen und Resolutionen ihren Kampfwillen demonstrieren.
Kein laues Kompromiß, jetzt gilt es den ganzen Sieg.

Der Ortsausschuß Baugen für die Metallarbeiter

In der Sitzung des Ortsausschusses Baugen brachte die kommunistische Opposition folgende Resolution zum Kampf der Metallarbeiter ein, die nach Diskussion angenommen wurde:
„Der Ortsausschuß Baugen des DMB nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem in der sächsischen Metallindustrie gefällten Schiedsspruch, der den Metallarbeitern die 46-stündige Arbeitswoche aufzwingen will. Er erwartet, daß die Metallarbeiter im Interesse der Gesamtarbeiterschaft diesen schändlichen Schiedsspruch ablehnen, wenn er als verbindlich erklärt werden sollte, und ihrerseits den Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit aufnehmen. Er fordert von der Führung des DMB,

bielen Kampf allein zu unterstützen und einen allgemeinen Kampf aller Arbeitereinstufen um die Verkürzung der Arbeitszeit einzuleiten. Er fordert weiter den Landesausschuß Sachsen des DMB auf, sofort eine Massenkampagne zur Verkürzung der Schichtarbeit, Sonntag und Feiertage zu organisieren.“

Der Landesausschuß der Erwerbslosen zum Metallarbeiterkampf

Vom Landesausschuß der Erwerbslosen wird uns geschrieben:

Am 22. er. fand eine Sitzung des Landesausschusses der Erwerbslosen statt. In dieser Sitzung wurde eingehend von den Vertretern der verschiedenen Bezirke über die Maßnahmen der Erwerbslosen im Metallarbeiterkampf berichtet.

Aus den Berichten ging hervor, daß die Bezirksausschüsse der Erwerbslosen ihre ganze Kraft einsetzen haben, um den Kampf der streikenden und ausgepörrten Metallarbeiter in enge Verbindung mit dem Kampf der Erwerbslosen zu bringen. Der Kampf um die 46-Stundenwoche wird von den Erwerbslosen als das mindeste erklärt, was geschehen muß, um die weitere Ausbreitung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. In Versammlungen, Flugblättern und Plakaten wurden die Erwerbslosen angeleitet, Solidarität mit den kämpfenden Metallarbeitern zu üben und jede Streikarbeit abzulehnen. Es wurde gleichzeitig festgestellt, daß die Gewerkschaftsbürokratie in der Frage der Mobilisierung der Erwerbslosen für die Interessen der kämpfenden Metallarbeiter — wie immer bisher, so auch diesmal — ihre Schuldigkeit nicht getan hat. Die auf der Basis der 46-Stundenwoche am 21. Februar in Dresden erzielte „Einigung“ hält der Landesausschuß nicht für annehmbar. Die ungeheure Erwerbslosenarmee erfordert an sich gebieterisch die Durchführung der 42-Stundenwoche. Wenn die Metallarbeiter auf der 46-Stundenwoche beharren so bedeutet das schon eine Einschränkung der notwendigen Forderungen. Der Landesausschuß erklärt, daß aber nunmehr auch die 46-Stundenwoche mit aller Kraft und Energie duragesprochen werden muß. Der Landeserwerbslosenausschuß fordert die Erwerbslosen Sachsen auf, in diesem Sinne Stellung zu nehmen und sich gegen das Dresdner Kompromiß zu wenden. Das Kompromiß wirkt auf die hunderttausend Erwerbslosen Sachsen um so provozierender, da zur gleichen Zeit in Dresden bei der Jubiläumssfeier des Verbandes sächsischer Industrieller die Spitzen des sächsischen Blügertums bei Wein und Sekt Gelage abgehalten haben. Hunderttausende sind ausgepörrt, Hunderttausende leiden hungerrnde Not und Hunger und die Vorkriegsfeier steht!

Erwerbslose! Nehmt gegen diesen Schandvertrag und jetzt eure ganze Kraft ein für die Erlämpfung eurer gerechten Forderungen!

Die Berliner Brauereiarbeiter wollen den Kampf

Die Abstimmung in der Funktionärerversammlung der Berliner Brauereiarbeiter ergab 154 Stimmen für und 132 Stimmen gegen den Streik. Der Verbandsleiter lehnte trotz des zweifelsfreien Streitbeschlusses (die Arbeiter hatten sich schon mit 421 Stimmen für und 136 Stimmen gegen den Streik entschieden) die sofortige Ausrufung des Streiks ab, indem er sich hinter die Beschlüsse des Hauptvorstandes, die bereits verlag, und den Kündigungsstichtag verlor.

Gegen das Kultur-Ministerium der Niederrhein

Antrag der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag
Eingegangen am 22. Februar 1927.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hat am 3. und am 13. Februar unter dem Senatspräsidenten Niedner zwei Hochverratsurteile gefällt, die die berechtigste Empörung der breiten Öffentlichkeit hervorgerufen haben. Am 3. Februar wurden die Buchhändler Reimann und Dominiq wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu je 10 Monaten Festungshaft und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Wegen Vorbereitung und Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat wurden am 13. Februar ferner verurteilt: die Inhaber der Buchdruckerei Liebe, Kloppe und Schulz, sowie der Profurist der Druckerei, Lornik, zu je 2 Jahren Festungshaft und 300 RM Geldstrafe, der Boie der Druckerei, Otto, zu 1 Jahr 6 Monaten Festungshaft, der Faktor der Druckerei, Lindner, zu neun Monaten Festungshaft. Vom Druckereibetrieb bis hinunter zum Druckereiboten erfolgte die unerhörte Verurteilung.

Heute abend 8 Uhr sprechen im Reglerheim, Friedrichs 7-9a

der kantoneseische Führer Wan-Chu, der Neger Cumedie und der Rikabyle Mattar über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker

Die „AJZ“ heute neu!

Eine Glanznummer der AJZ. Bis zu den Sternen hinauf greift die AJZ Nr. 8 mit prächtigen Illustrationen und kurz erläuterndem Text. Sie führt den Leser auf den Himalaja, verweilt mit ihm beim Papst, im Vatikan, unterhält mit den neuesten revolutionären und kriegsrischen Vorgängen in China, brandmarkt Englands militärische Intervention, verewigt Mussolini mit seinem „Reichsgericht“ 2 Arbeiter, die ihn beleidigt haben sollen, auf der Anklagebank — ein geschlossener Eiferkönig —; Richter sind Generale und Offiziere. Der Kampf um den Achtstundentag findet besondere illustrative Beachtung. Eine liebevolle Würdigung der Revolutionärin Louise Michel wird über die Frauen interessieren. Dem Arbeiter-Michel wird über die Frauen interessieren. Dem Arbeiter-photographen weist die AJZ einen Platz neben dem politischen Redner und Schriftsteller an, als Träger proletarischer kulturellen Strebens. Interessantes aus der Filmwelt, aus dem Sportsleben vervollständigen den bekannten unterhaltenden Teil, in dem die „Weißen Wochen“ einen besonderen Teil einnehmen. Der Leser macht weiter eine hochinteressante Exkursion in den Westenraum hinein, überprüngt Entfernungen, die in Zahlen kaum auszubilden sind, wärmt sich an der Sonne und freut sich, auf der kühlen Erde beim warmen Diner zu sitzen. Bilder vom Tage mit scharfem Mikroskop zeigen den Arbeiter an die Maschine gefesselt, in Unterhaltung und seinem politischen Leben. Die Nummer ist wiederum zum Preise von

obwohl den Beurteilten von dem Inhalt der Schritte nichts bekannt war.

Im Buchhändlerprozess wurde sogar das Goethegedicht:

„Allen Gewalten zum Trotz ich erhalte;
Nimmer sich beugen, kräftig ich zeige,
Küßt die Arme der Götter herbei!“

ausdrücklich unter Anklage gestellt. Die in beiden Fällen durchgeführte „Rechtspflege“ des Reichsgerichts führt in die schwärzesten Zeiten des Vormärz zurück. In der Prozedur werden durch das Urteil des Reichsgerichts alle Verleger, Buchhändler, Drucker und deren Angestellten, die sich nicht bedingungslos in den Dienst der Reaktion stellen, für vogelfrei erklärt. Arbeiter und Angestellte werden aufs schwerste wirtschaftlich geschädigt.

Der Landtag wolle deshalb beschließen

die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Auslegung der Hochverrats- und Landesverrats-Paragrafen durch das Reichsgericht Einspruch zu erheben und die Kassierung dieser Urteile zu fordern.

Dresden, am 22. Februar 1927

Wötcher

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Fort mit dem Arbeiterverräter Eisner

Antrag.

Eingegangen am 22. Februar 1927.

Der Landtag wolle beschließen:
Der Arbeiterminister Eisner genießt nicht das Vertrauen des sächsischen Landtages.

Dresden, am 22. Februar 1927.

Wötcher

und die übrigen Mitglieder der kommunist. Landtagsfraktion.

Ebert bewilligte die Wittich-Pension

Berlin. Bei der Behandlung des Skandales der Reichsrevisionen von 17 000 Mark und mehr an die ehemals kaiserlichen Offiziere in geringerer Reichsrevision wurde festgestellt, daß Ebert als damaliger Reichspräsident selbst die hohe Pension des Reuters und Dejureur Wittich bewilligte.

Kütz will nicht Minister werden

Der Reichsminister a. D. Kütz hat jetzt an den sächsischen Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet in dem er erklärt, daß Kütz von seiner Ernennung zum Innenminister ablehnen soll. Kütz erklärt in diesem Schreiben die Haltung der Arbeiterpartei und erklärt, daß er nicht um seiner Person, sondern um des sächsischen Volkes willen Innenminister habe sein wollen. Das sächsische Volk die breiten Massen der Arbeitenden, haben ganz gewiß keine Schmach nach dem Schand- und Schmutzminister. Die demokratische Fraktion hat also auf ihren Vorschlag, sie wird aber, soweit wir erfahren, jetzt einen anderen Innenminister vorschlagen.

Wieder heftige Kämpfe in Nicaragua

London, 22. Febr. (Telunion.)

Nach Meldungen aus Nicaragua sind an der Eisenbahnlinie nach Granada wieder heftige Kämpfe zwischen den konzeptionen Regierungskämpfern und den liberalen Revolutionsstruppen im Gange.

Wieder ein Klassenurteil gegen Reichsbannerleute

Das Urteil im Wilhelmshurger Landfriedensbruchprozess. Wilhelmshurg, 22. Febr. (Telunion.)

Von den 27 wegen Landfriedensbruchs angeklagten Reichsbannerleuten wurden heute 19 der Angeklagten zu insgesamt 1 Jahren 11 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Gesamtfrist von 11 Jahren 11 Monaten beantragt.

Regierungshandel in Thüringen

Der Landtag verlag.

Weimar, 22. Febr. (Telunion.)

Nach kurzer Sitzung verlagte sich heute der Thüringische Landtag auf unbestimmte Zeit, da zunächst zwischen den Parteien die Verhandlungen über die Regierungsabklärung aufgenommen werden sollen. Auf Beschluß des Reichstages soll zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Witt als Vertreter der stärksten Fraktion den Versuch einer Mehrheitsabklärung unternehmen und bei dessen Scheitern ein Vertreter des Landtages. Bei ergebnislosem Verlauf beider Versuche soll der Landtag wieder zusammenzutreten, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Die Ausschüsse wurden nach Besprechungen im Reichstagsrat fast beiseite gelassen.

20 Pf. in der Volksbuchhandlung Groß, Jakobsgasse 15, 49 haben.

Traumspiel

Die Komödie macht den kühnen Versuch, August Strindbergs Traumspiel mit einer neuzeitlichen Regie zu einem Epizöel der Zeit zu gestalten. Wenn auch die Politik des Strindbergschen Bühnenstücks manches wieder verheimlicht und fort-nimmt, so war doch der Versuch einer zeitgenössischen Darstellung als gelungen zu betrachten. Menschenjohanne gehen, realistisch gefeiert, mit elementarer Wucht heraus. Der Kampf nach Glück und Freiheit die Gefährlichkeit und Stumpfsinnigkeit des Bestehenden werden durch die Kopie meisterhaft gegeben. Wenn drohend der Volkstisch mit riesengroßer Faust den Verlust neues zu entdecken verhindert, dann hämmert sich ein, daß über den Geld die brutale Faust regiert. Und wenn es schallt: „Besserer enden im Gefängnis oder im Irrenhaus, alle gerechten Menschen werden sie verurteilen.“ dann springt, unterstützt von der Regie Renato Neri, die Gegenwart mit ihren verdorrten Zuständen direkt ins Gesicht. Gewiß, dem Spiel fehlt der Aus-gang, die Lösung. Realistisches Entsetzen zu Gott ist auch hier für die erleuchtete Tochter des Gottes Indras die letzte Rettung. Doch, daß sie für den Menschen taugt, wird unterhalten durch das letzte Bekenntnis des Theologen, der ruft: „Ich glaube nicht.“ Sicherlich war die gestrige Vorstellung in der Komödie über ein tücher Versuch, für die amnestierten Spieler jedoch ist es uns zu früh und zu gewagt. Für die Arbeiter ist die Komödie leider im breiten Maße noch nicht zugänglich.